

Dr. Schlarmann im Deutschlandradio am 6.4.06

Schlarmann will Krankenversicherung für Kinder über Steuern finanzieren

CDU-Politiker: Liberales Gesundheitssystem schafft 1,3 Millionen neue Jobs
Moderation: Frank Capellan

Der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung von CDU/CSU, Josef Schlarmann, hat sich skeptisch zu den Ergebnissen des Gesundheitsgipfels der großen Koalition geäußert. Es sei zu befürchten, dass zur Deckung der Finanzlücken "der Mittelstand eine Zielgröße" sein werde, sagte Schlarmann.

Frank Capellan: Guten Morgen Herr Schlarmann!

Josef Schlarmann: Guten Morgen Herr Capellan!

Capellan: Noch ist ja nichts entschieden. Warum machen Ihnen die Pläne für die Gesundheitsreform schon jetzt Angst?

Schlarmann: Das hat verschiedene Gründe. Man hat sich über die Ziele verständigt, aber noch nicht über den Weg. Und Sie hatten ja gerade verschiedene Möglichkeiten der Finanzierung angesprochen, und es ist in der Tat zu befürchten, dass zur Deckung der Finanzlücken weitere Finanzquellen erschlossen werden. Und da ist der Mittelstand dann sicher eine Zielgröße.

Capellan: Was schwebt Ihnen vor? Könnten Sie damit leben, den Arbeitgeberanteil an der Krankenversicherung einzufrieren, den Arbeitnehmeranteil aber frei zu geben?

Schlarmann: Wir haben zwei Grundpositionen: wir möchten die Lohnnebenkosten senken, damit es auf dem Arbeitsmarkt wieder Bewegung gibt. Das ist eine allgemeine Zielvorstellung und auch notwendig für Wachstum. Wir haben ein zweites grundsätzliches Ziel. Wir wollen das Gesundheitssystem liberalisieren, damit auch im Gesundheitssystem Arbeitsplätze geschaffen werden können. Es gibt Gutachten, die schätzen, dass bei einer grundlegenden Liberalisierung des Gesundheitssystems dort bis zu 1,3 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

Capellan: Aber ganz konkret: Die Lohnnebenkosten sollen nicht steigen. Wie soll das funktionieren?

Schlarmann: Dort denkt man daran, den Arbeitgeberbeitrag festzuschreiben auf 6,5 Prozent. Und das wäre aber keine Entkopplung der Gesundheitskosten von den Lohnkosten sondern es bliebe alles beim Alten. Und darüber hinaus müsste sich dann der Staat überlegen, wo die restliche Finanzierungsmasse herkommen soll.

Capellan: Und da kommen Sie mit einem Vorschlag, Sie sagen nämlich, dass die Kinder zwar nach wie vor kostenlos mitversichert sein sollen, die Kosten sollen aber aus Steuermitteln beglichen werden. Wo soll das Geld herkommen? Angela Merkel hat angeblich schon gesagt, dafür gibt es kein Geld.

Schlarmann: Ja, wir haben grundsätzlich die Vorstellung, dass es eine Gesundheitsprämie gibt, die die Grundfinanzierung für das Gesundheitswesen übernimmt.

Capellan: Ein Gesundheitssoli?

Schlarmann: Nein, der Staat soll für die Kinder die Prämie übernehmen, da die Kinder ja mitversichert sind, aber keine Prämie zahlen können. Das ist die alte Vorstellung der Union, und daran halten wir fest.

Capellan: Also aus Steuermitteln?

Schlarmann: Aus Steuermitteln!

Capellan: Das macht 15 Milliarden Euro im Jahr, heißt es. Wo kommen die her?

Schlarmann: Das ist richtig. Die müssen aus Einsparungen kommen und zwar auf der Ausgabenseite, nicht durch Steuererhöhungen. Das ist unsere alte Forderung. Es ist ja nicht so, dass der Staat weniger Steuern einnimmt, sondern der Staat nimmt ständig mehr Steuern ein. Nur die Ausgaben des Staates wachsen schneller als die Einnahmen. Und daher kommt das Problem. Der Staat muss sich endlich angewöhnen, dass man nicht auf der Einnahmenseite spart. Das ist kein Sparen, das sind Mehrbelastungen der Bürger. Sondern, dass man spart auf der Ausgabenseite. Das heißt, dort weniger ausgibt, als man denkt, ausgeben zu müssen.

Capellan: Wo denn zum Beispiel? Wo könnte noch gespart werden?

Schlarmann: Dort gibt es viele Bereiche. Dort kann man vor allem im Sozialbereich sparen. Es sind die Renten, dort muss man überlegen, ob man nicht die Renten senkt, was eigentlich angesichts der Lohnentwicklung geboten wäre. Es sind die Zuschüsse zum Arbeitslosengeld II. Auch dort gibt es ja Überlegungen, das Arbeitslosengeld II grundsätzlich umzugestalten. Das Arbeitslosengeld II ist zurzeit Lohnersatz. Man muss daraus ein Instrument der Lohnergänzung machen. Dort gibt es also zahlreiche Möglichkeiten, auch auf der Ausgabenseite, Beträge einzusparen.

Capellan: Das wird der Finanzminister, Peer Steinbrück, wahrscheinlich bezweifeln. Lassen Sie uns deshalb über eine andere Alternative reden. Die höhere Beitragsbemessungsgrenze ist im Gespräch. Die nämlich würde ja verhindern, dass immer mehr Leute auch in die privaten Versicherungen umsteigen. Was halten Sie davon?

Schlarmann: Ja, die Erweiterung der Bemessungsgrenze auf - man denkt an Mieten und an Zinsen - ist ja nichts anderes, als dass die Bürgerversicherung eingeführt wird. Das ist das Konzept der Bürgerversicherung, dass man die Bemessungsgrundlage, die ja sich bisher nur bezieht auf das Lohn Einkommen, auf sonstige Einkünfte erweitert. Das heißt, Mieten und Zinsen einbezieht, und dann haben Sie im Grunde genommen keine Entkopplung, sondern Sie finanzieren das marode System durch weitere Einnahmen. Und Sie führen praktisch eine zweite Einkommenssteuer ein. Das ist dann die so genannte Flat-Tax, die neben dem linear-progressiven Tarif bei der Einkommenssteuer erteilt wird.

Capellan: Also auch der falsche Weg?

Schlarmann: Das ist mit Sicherheit der falsche Weg und wir wissen, dass durch Einführung der Bürgerversicherung Arbeitsplätze verloren gehen. Durch die Gesundheitsprämie würden zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.

Capellan: Was Sie eben vorgeschlagen haben, diese Gesundheitsprämie, erinnert ja an die kleine Kopfpauschale, richtig?

Schlarmann: Das ist die ursprünglich mal als Kopfpauschale eingeführte Prämie. Die heißt heute solidarische Gesundheitsprämie. Sie ist solidarisch, weil sie das Gesundheitsrisiko gleichmäßig auf alle verteilt. Auf Junge und Alte, auf Gesunde und Kranke.

Capellan: Aber auch, Entschuldigung Herr Schlarmann, auch auf die Krankenschwester gleichermaßen, wie auf den Chefarzt. Da haben wir wieder die alte Diskussion. Kann sich die Union das leisten?

Schlarmann: Ich weiß nicht, ob das so ein schlagendes Argument ist. Das ist in meinen Augen Volksverdummung. Letztendlich zahlt jeder für das Gesundheitsrisiko denselben Betrag. Sie zahlen ja auch für einen Golf denselben Betrag. Der Gutverdiener zahlt ja für den Golf nicht einen höheren Preis als die Krankenschwester.

Capellan: Josef Schlarmann war das, Chef der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU. Danke Ihnen. Auf Wiederhören.

Schlarmann: Tschüss.